

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

30.6.1863 (No. 151)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 30. Juni.

N. 151.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgeld: die gepaltene Petition oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Auf das mit dem 1. Juli beginnende dritte Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Bestellungen an.

Unsere auswärtigen H. Abonnenten machen wir darauf aufmerksam, daß sämtliche Abonnirungen bei den großh. Postexpeditionen mit Ende dieses Monats abgelaufen sind. Wir ersuchen deshalb, damit keine Unterbrechung im Bezug eintritt, dieselben baldmöglichst bei den betreffenden Poststellen erneuern zu wollen. Der Abonnirungspreis beträgt, die Postboten- und Briefträger-Gebühr eingerechnet, in den Orten des Landpostbezirks Karlsruhe vierteljährlich 2 fl. 4 kr. und halbjährlich 4 fl. 8 kr., in allen andern Orten des Großherzogthums vierteljährlich 2 fl. 23 kr., halbjährlich 4 fl. 45 kr.; für welche Beträge die einzelnen Nummern vollständig franko den H. Abonnenten zuzustellen sind.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Telegramme.

Kopenhagen, 29. Juni, Mittags. Der Erbprinz Ferdinand, Oheim des Königs, ist heute Morgen plötzlich mit Tod abgegangen. (Erbprinz Ferdinand war geboren am 22. Nov. 1792. Durch seinen Tod ist Prinz Christian, in Folge des Londoner Protokolls zur Thronfolge berufen, jetzt direkter Thronfolger.)

Kraakow, 27. Juni. (Presse.) Die Hinrichtungen in Litauen dauern fort. In Mohilew wurden am 18. d. die zwei Macewicz, dann noch zwei andere Insurgenten-anführer (Aueha und Korfa) erschossen. In Kiew wurde Zielinski, in Siedlece am 15. Garnedi und Milewica, in Petrikow am 20. Bortlewicz gehängt.

London, 26. Juni. Im Oberhaus erklärte diesen Abend Earl Russell, die englische Regierung habe von Seiten Frankreichs keine neue Aufforderung bezüglich einer Intervention in Nordamerika oder der Anerkennung der Südstaaten erhalten; übrigens werde die Regierung an dem Grundsatz der Nichttheilnahme festhalten.

Deutschland.

Karlsruhe, 29. Juni. Gestern früh 5 Uhr ist Seine Königliche Hoheit der Großherzog, von der Mainau kommend, in Mannheim eingetroffen und hat den daselbst stattgefundenen Eröffnungsfeierlichkeiten zum ersten badischen Landeschießen angewohnt. Abends nach 11 Uhr reiste höchstselber mittelst Extrazugs nach Karlsruhe und verließ heute Vormittag 11 1/2 Uhr wieder die Residenz, um nach der Insel Mainau zurückzukehren.

Frankfurt, 28. Juni. In der Bundestags-Sitzung vom 11. d. kam nachstehender Bericht des Vorsitzenden (L. Sektionsrath Dr. Höchsmann) der in Frankfurt zusammengetretenen Kommission von Sachmännern behufs Ausarbeitung gutachtlicher Vorschläge für eine gemeinsame Regelung der zum Schutze von Erfindungen aufzustellenden Vorschläge (d. d. 26. v. M.) zur Vorlage.

Die von der h. Bundesversammlung einberufene Kommission zur Erhaltung eines Gutachtens zur gemeinsamen Regelung der zum Schutze von Erfindungen aufzustellenden Vorschriften konstituirte sich am 25. Nov. 1862, und hat sich der Erfüllung ihrer Aufgabe dergestalt unterzogen, daß sie in elf Sitzungen vom 25. Nov. bis 15. Dez. 1862 zuerst eine Uebereinstimmung hinsichtlich der bei Ertheilung des Patentschutzes, sodann sich aber, wie dies als erreichbar sich darstellte, mit der Auffindung einer allseitig annehmbaren Form beschäftigte, unter welcher zur Ertheilung von Patenten zu gelangen wäre, welche in allen Bundesstaaten Geltung haben sollen. Die in beiden Richtungen erzielten Ergebnisse wurden in die Gestalt zweier Entwürfe für Vereinbarungen gebracht. Als die Kommission dahin gelangt war, verlegte sich dieselbe am 15. Dez. 1862, um dem Hrn. Bevollmächtigten für das Königreich Sachsen, Geh. Rath Dr. Weinlig, als erwählten Referenten, Zeit für Ausarbeitung des Entwurfs zu einem an die beiden Vereinbarungsentwürfe sich anschließenden motivirten Gutachten zu lassen. Dieser als Manuscript gedruckte Entwurf gelangte im Lauf des Monats März in die Hände der Kommissionsmitglieder, und die Kommission hat sich nach ihrem am 20. April 1863 erfolgten Wiederzusammentritt in weiteren dreizehn Sitzungen bis 16. Mai 1863 damit beschäftigt, die beiden Vereinbarungsentwürfe einer letzten Lesung zu unterziehen und das Gutachten in allen seinen Theilen festzustellen. Das hieraus hervorgegangene definitive Kommissionsgutachten sammt den dazu gehörigen Vereinbarungsentwürfen A und B bezieht sich nun der Unterzeichneter, dem Auftrag der Kommission entsprechend, im Originalmanuscript unter Beifügung aller Voracten (Sitzungsprotokolle, Vereinbarungsentwürfe an Gutachtenentwurf) dem h. Präsidium der deutschen Bundesversammlung schriftlich zu überreichen.

Der Bericht wurde dem handelspolitischen Ausschuss zugewiesen.

Stuttgart, 27. Juni. Nach dem „Schwäb. Merk.“ hat der ständische Ausschuss die Ermächtigung zur Einberufung der handelsrechtlichen und der staatsrechtlichen Kommission der Kammer der Abgeordneten ertheilt. Erstere Kommission wird wahrscheinlich im August, die zweite Anfangs Septembers zusammentreten. Hiernach dürfte die Einberufung der Ständeversammlung im Spätherbst möglich werden.

Stuttgart, 28. Juni. Zu dem großen badischen Schützenfeste in Mannheim hat Stuttgart gleichfalls sein Kontingent gestellt, das heute früh 5 Uhr mit dem ersten Zuge, einen der Schützenmeister an der Spitze und die prachtvolle Fahne der Schützengilde mit sich führend, abgegangen ist. Gleichzeitig zogen Scharen von Sängern dem kleinen Städtchen Dellingen zu, wo morgen, als dem Haupttag des Gesangsfestes des schwäbischen Sängerbundes, aus allen Gauen Schwabens die Sänger zu Wettgesang versammelt sein werden.

Endlich hört man auch wieder etwas von dem wahrscheinlich im Oktober zusammentretenden Landtage. Wenn er nicht früher berufen wurde, so lag es nicht an der Regierung, die im Gegentheil schon dieses Frühjahr sich alle Mühe gab, einen Landtag zusammen zu bringen, aber nicht damit zu Stande kommen konnte, weil sie an der übergroßen — zuweilen etwas breiten — Gründlichkeit unserer gelehrten Herren Abgeordneten scheiterte, die in den ständischen Kommissionen sitzen und die längst an den ständischen Ausschuss gelangten Vorlagen der Regierung eben nicht in den ihnen aufgetragenen Referaten fertig brachten. Bis jetzt war ein einziges Gesetz — das aber gerade wohl am wenigsten pressirte — das Einquartierungs-gesetz, von der Kommission für innere Verwaltung berathen und der Bericht darüber gedruckt worden. Die Referenten der handelsrechtlichen Kommission sollen mit ihren Arbeiten, die Gesetzentwürfe wegen Einführung des deutschen Handelsgesetzbuchs und der Ertheilung von Handelsgewerben, so eben erst fertig geworden sein, und auch der Bericht über das neue Judengesetz ausgearbeitet vorliegen. Beide Kommissionen sollen dann im Monat August oder September zusammentreten, worauf sich, wenn diese vorerwähnte festgestellt haben, die Regierung in die Möglichkeit versteht sein wird, die Ständeversammlung einzuberufen. Bis dahin wird also ohne Zweifel auch Hr. Moritz Mohl es dahin gebracht haben, daß sein Bericht über den preussisch-französischen Handelsvertrag zu einem Abschluß gelangt sein wird.

München, 26. Juni. (Münch. Corr.) Der Adressen-Ausschuss der Kammer der Abgeordneten hat sich bereits diesen Abend konstituirte und den Grafen v. Hegnenberg zum Vorstand, Hrn. Dr. Arnheim zum Sekretär, und Hrn. v. Lehmann zum Berichterstatter gewählt. Letzterer will den von ihm zu verfassenden Entwurf einer Adresse schon in einigen Tagen dem Ausschuss zur Berathung vorlegen. Der Adress-Ausschuss der Kammer der Reichsräthe versammelt sich morgen, um den von Hrn. Dr. v. Harlek verfaßten Adressentwurf zu berathen, der dann am nächsten Dienstag in der Kammer berathen werden soll.

München, 26. Juni. Die k. bayerische Regierung hat in der hier verammelten General-Zollkonferenz eine Denkschrift, d. d. 25. April 1863, bezüglich der österreichischen Zollpropositionen vom 10. Juli v. J. abgeben lassen, und dieselbe auch im direkten Wege zur Kenntniß der sämmtlichen Zollvereins-Regierungen gebracht. Inzwischen sind die damit zugleich erbetenen Erklärungen der Zollvereins-Staaten über deren Inhalt eingekommen, und sie haben der k. bayerischen Regierung Veranlassung zu einer weiteren A u ß e r u n g in der Zollvereins- und Handelsvertrags-Angelegenheit gegeben, welche Neuerung der L. Bevollmächtigte, Ministerialrath v. Meißner, in der Sitzung der Generalkonferenz vom 13. d. Mts. abgegeben hat. Die „Bayr. Zig.“ ist in dem Stand gesetzt, diese beiden Aktenstücke nunmehr zu veröffentlichen:

1) Denkschrift, die Propositionen der k. österreichischen Regierung vom 10. Juli 1862 bezüglich der Erneuerung und Erweiterung des Zoll- und Handelsvertrags vom 19. Februar 1853 und deren Berathung auf der 15. Generalkonferenz betr., d. d. 25. April 1863.

Die k. bayerische Regierung hat bekanntlich bei der Einladung zur 15. Generalkonferenz in Zollvereins-Angelegenheiten darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihr angemessen erscheine, bei diesem Anlaß auch die wichtigsten Anträge, welche Desiderat zum Behuf der Ausbildung und Erweiterung des Vertrags vom 19. Febr. 1853 unterm 10. Juli v. J. an die Zollvereins-Regierungen hatte gelangen lassen, in den Kreis der Berathung zu ziehen. Sie hat ferner diese Anträge in das Verzeichniß der von ihr proponirten Verhandlungsgegenstände aufgenommen, und in einer Zirkularmittheilung vom 13. Febr. d. J. an sämmtliche Zollvereins-Regierungen ausführlich die Motive entwickelt, welche sie bei diesem Schritte geleitet haben. Die Mehrzahl der Zollvereins-Regierungen hat in Erwiderung der letztgenannten Mittheilung der bayerischen Regierung die Zustimmung zu den von ihr dargelegten Grundsätzen und ihrer Auffassung der vorliegenden Frage zu erkennen gegeben, und nur zwei derselben, nämlich die k. preussische und die großh. badische Regierung, haben sich ausdrücklich gegen eine Verhandlung derselben auf der gegenwärtigen Generalkonferenz erklärt.

Die k. preussische Regierung, indem sie in ihrer beifälligen Erklärung vom 12. v. M. die theilweise Uebereinstimmung in der Auffassung der vorliegenden Frage mit der bayerischen Ansicht konstatirt,

glaubt einer Verhandlung derselben auf der gegenwärtigen Generalkonferenz aus dem Grunde nicht beistimmen zu können, weil die Erörterung der österreichischen Propositionen zugleich die Frage über die Fortdauer des Zollvereins in sich begreife und die preussische Regierung Bedenken trage, in Verhandlungen von solcher Tragweite einzutreten, bevor sämmtliche Zollvereins-Regierungen zu erkennen gegeben haben, ob und welche bestimmte Abänderungen der bestehenden Verträge sie für angemessen erachten, und bevor sie in der Lage gewesen sind, die gegenwärtigen Propositionen der durch die Wichtigkeit des Gegenstandes gebotenen Prüfung zu unterwerfen. Die Differenz in den Ansichten über die formelle Behandlung der vorliegenden Frage ist jedoch nach dieser Auffassung in der That nur eine scheinbare und dürfte bei näherer Betrachtung wohl verschwinden, oder sich mindestens auf ziemlich unwesentliche Punkte reduzieren.

Zudem ist in letzter Zeit ein Umstand eingetreten, welcher die Frage, ob die gegenwärtige Generalkonferenz der geeignete Weg zur Erörterung der österreichischen Propositionen sei oder nicht, formell beseitigt, und die Zollvereins-Regierungen in die Nothwendigkeit versetzt, sich in der einen oder andern Weise über diese Proposition auszusprechen. Die k. österreichische Regierung hat nämlich durch die in Abschrift angelegte Depesche vom 26. März l. J. ihre Vorschläge vom 10. Juli v. J. wiederholt, ihre Stellung zum Vereine näher andeinergelegt, und das Ersuchen erneuert, daß überhaupt in irgend welcher Form nunmehr endlich zur Eröffnung der Unterhandlungen hierüber geschritten werden möge. Es ist klar, daß die Zollvereins-Regierungen es den Rücksichten gegen eine befreundete und verbündete Regierung, sowie ihrer eigenen Stellung schuldig sind, einer solchen schon durch die im Vertrag vom 19. Febr. 1853, Art. 25 eingegangenen Verpflichtungen begründete Aufforderung gegenüber sich nicht ferner zuwenden zu verhalten, daß vielmehr jetzt nach Verfluß von fast einem Jahre, und Angesichts des in kurzer Zeit eintretenden Kündigungstermines der Verträge vom Jahr 1853 die Unterlassung jeder Erklärung, oder eine unbestimmte Hinauschiebung derselben in der Wirkung einer Ablehnung nahe kommen würde. Die bayerische Regierung, welche zunächst die österreichischen Propositionen den übrigen Zollvereins-Regierungen zur Erörterung auf der gegenwärtigen Generalkonferenz vorgeschlagen hat, erachtet es daher auch für ihre Aufgabe, diese Frage in ihrer dermaligen Lage weiter zu verfolgen, und zur Erörterung der Propositionen derselben ihre Ansichten den Zollvereins-Regierungen offen mitzutheilen.

Die Bemerkung der k. preussischen Regierung in ihrer Erklärung vom 12. d. M., daß die österreichischen Propositionen mit der Frage der Erneuerung des Zollvereins in wesentlicher Verbindung stehen, stimmt auch mit der bayerischen Auffassung überein, und die bayerische Regierung hatte in ihrer Mittheilung vom 18. Febr. l. J. mit Rücksicht auf diese Verbindung die Erklärung beigefügt, daß sie zur Erneuerung des Zollvereins auf seinen bisherigen Grundlagern jeden Augenblick bereit sei. Wie aus dem ganzen Zusammenhang hervorgeht, wollte sie damit keineswegs die Absicht ausdrücken, daß allenfallsige Aenderungen der bisherigen Verträge, sei es bei deren Erneuerung, sei es erst nach derselben, ausgeschlossen bleiben sollten; sie hat vielmehr sich bereit erklärt, und wiederholt diese Zusicherung hier abermals, daß sie zu solchen Modifikationen, welche weder das ganze bisherige Verzeihenssystem oder wesentliche Vereinsinteressen und Rechte gefährden, gern bereit sein werde. Sie war hiebei von der Grundansicht geleitet worden, daß vor Allem die Erhaltung des Zollvereins in seiner Wesenheit als eines der wichtigsten Interessen der gesammten deutschen Nation gesichert werden müsse, und dieser Hauptzweck ungleich höher stehe, als alle dabei möglichen Sonderinteressen. Die k. bayerische Regierung kann sich auch jetzt noch nicht mit dem Gedankensatz vertraut machen, daß nicht alle Zollvereins-Regierungen von dem gleichen Prinzip geleitet werden, und daß die eine oder die andere derselben in den Fundamentalprinzipien, auf welchen die bisherige Zollunion beruht, oder die Durchführung einer besondern Maßregel oder eines geforderten Interesses höher anzuschlagen, als die Erhaltung des Vereins selbst, und letztere dadurch in Frage zu stellen.

Es aber, wie vorausgesetzt, dies die übereinstimmende Ansicht aller Zollvereins-Regierungen, dann ist es offenbar das Gelegneste, sofort die Erneuerung des Zollvereins sicher zu stellen, und dabei vorläufig alle jene Modifikationen auszuschließen, worüber nicht alsbaldige Uebereinstimmung erzielt werden kann, diese vielmehr auf eine spätere Verhandlung zu verschieben. Die Erneuerung des Zollvereins und den allgemeinen Wunsch nach derselben als Mittel einer Pession zur Erreichung irgend eines, den Ansichten und Interessen des einen oder andern Theils widersprechenden Zieles zu denügen, wäre ein Verfahren, welches keine Aussicht auf Erfolg für sich hätte, vielmehr zum allseitigen Schaden ausfallen würde.

Betrachtet man nach diesen Voraussetzungen die österreichischen Propositionen vom 10. Juli v. J., so dürften die Schwierigkeiten, die gegen eine Erörterung derselben angeführt worden sind, sich als ziemlich unwesentlich erweisen. Daß die Erneuerung und auch die zweckmäßige Ausbildung und Erweiterung des Vertrags vom 19. Febr. 1853 im Interesse des ganzen Vereins liegt, ist eine Thatsache, die wohl außer Kontestation steht. Sobald sämmtliche Zollvereins-Regierungen darin übereinstimmen, daß sie ihre Sonderansichten und Sonderinteressen nicht höher stellen wollen, als die Erneuerung des Zollvereins, kann die letztere als gesichert betrachtet und in irgend einer Form zur nähern Erörterung und Verhandlung der österreichischen Propositionen geschritten werden.

(Schluß folgt.)

Darmstadt, 26. Juni. (Fr. P.-Ztg.) Die heutige Sitzung der Zweiten Kammer des Großherzogthums, gleich der letzten am vorigen Mittwoch, nur wenig Interesse für weitere Kreise. Während in der heutigen Sitzung nur Beschwerden einzelner Privatpersonen meist ohne alle Diskussion erledigt wurden, verhan-

delte man in der heutigen Sitzung über das Gesetz des Abg. Gail um Rückgabe der von ihm vorzuzüglich zur Erlangung der Wahlfähigkeit als Kapitalist gestellten Kaution, weil er schon seiner Steuerzahlung nach wählbar zu sein glaubte. Nach einer längeren Debatte, in welcher es sich namentlich um die Interpellation verschiedener Arten des Wahlgesetzes handelte, wurde das Gesetz im Sinne des Petenten entschieden. Ein Regierungskommissar war nicht erschienen. — In der kommenden Woche wird der Antrag des Abg. Finger und Genossen, den Beitritt des Großherzogthums zum preussisch-französischen Handelsvertrag betreffend, zur Berathung kommen. Berichterstatter Namens des ersten Ausschusses ist der Abg. Dumont.

Wiesbaden, 26. Juni. (Rhein. Kur.) In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer verlas Regierungskommissar Grimm eine Mittheilung der Regierung, wornach dem Entwurfe, die Einführung der Zivilrechte betreffend, mit den aus den Beschlüssen der beiden Kammern hervorgegangenen Bestimmungen, wornach die Zivilrechte nicht bloß für die Dissidenten, sondern auch als Nothzivilrechte für die Angehörigen der evangelischen und katholischen Kirche eingeführt werden sollte, die höchste Sanction versagt worden sei, und die Vorlage eines Entwurfs, welcher die Form der Zivilrechte für die Dissidenten schaffe, für den nächstjährigen Landtag in Aussicht gestellt wurde. Abg. Raht spricht sich in Bezug auf diese Mittheilung dahin aus, daß, nachdem dieselbe die Nothzivilrechte für die Angehörigen der evangelischen und katholischen Kirche abgelehnt habe, in beiden Kammern kein Widerspruch sein werde, die Zivilrechte in der Beschränkung auf die Dissidenten zur Einführung zu bringen. Um dem Nothstande der Mitglieder dieser Religionsgesellschaften abzuhelfen, sei es geboten, noch auf diesem Landtag neue Vorlage zu machen; er frage an, ob die herzogliche Regierung nicht dazu bereit sei?

Hamburg, 25. Juni. (Wesf. Ztg.) Das Schicksal des vom Militärausschuß beantragten Gesetzesentwurfs über die Wehrverfassung Hamburgs, der gestern in seinen Einzelheiten zur bürgerrechtlichen Debatte stand, ist nach kurzer Berathung im Sinne des Zentrums entschieden worden. Nachdem diejenigen Paragraphen, welche die allgemeine Wehrpflicht ohne Stellvertretung und die Heranziehung sämtlicher Pflichtigen ohne Koosung zum Dienste forderten, mit beziehungsweise 70 und 69 Stimmen gegen 64 Stimmen verworfen waren, mußte sich der Ausschuß naturgemäß veranlaßt sehen, seinen Antrag, dem dergestalt die leitenden Grundsätze abgelehnt waren, zurückzuziehen.

Berlin, 26. Juni. Der „Staatsanz.“ publizirt 1) die am 15. Mai e. vollzogene Genehmigungsurkunde der in dem Schlußprotokoll der fünften Elbschiffahrts-Revisionskommission, d. d. Hamburg, 4. April 1863, enthaltenen Erläuterungen, Ergänzungen und Abänderungen der Bestimmungen des Elbschiffahrts-Gesetzes vom 23. Juni 1821, der Additionalakte vom 13. April 1844, der Ueberreife vom 13. April 1844 wegen der schiffahrts- und strompolizeilichen Vorschriften für die Elbe, und des Schlußprotokolls der dritten Elbschiffahrts-Revisionskommission vom 8. Februar 1854. 2) Die am 4. April d. J. ratifizierte Vereinbarung zwischen Preußen, Oesterreich, Sachsen, Anhalt-Desau-Köthen, Anhalt-Bernburg und Hamburg, die Verwaltung und Erhebung des gemeinschaftlichen Elbzolles zu Wittenberge betreffend. — Eine in Tappan zum Empfang der Abgeordneten, Kreisgerichts-Direktor Larz und Professor John, berufene Versammlung von Urwählern und Wahlmännern des Weßlau-Labiauer Wahlkreises endete mit einer Auflösung durch den Landrath Frize. — Eine Uebersicht der an den preussisch-polnischen Grenzdistrikten bis Mitte Juni von Seiten der militärischen Kommandos mit Beschlag belegten Waffen- und Munitionsendungen nach Polen entnehmen wir folgende Angaben: Es sind konfiszirt worden etwa 1500 Schusswaffen, 300 Seitengewehre und Bajonnette, 2000 Senfen, 75 Zentner Pulver und Blei, 3000 fertige Patronen, 30,000 Zündhütchen, 40 Wagen und 120 Pferde. Bei weitem erheblicher noch ist die Masse der von den Grenzdistrikten, theils weiter ins Land hinein konfiszirten Sendungen von Waffen und Kriegsmaterial. — Die Nachricht von dem am 12. erfolgten Tode des berühmten Augenarztes, Prof. Dr. Jungken beruht auf einem Irrthum.

Berlin, 28. Juni. Dem Vernehmen nach wird der Aufenthalt des Ministerpräsidenten v. Bismarck in Karlsbad länger dauern, als die ursprünglich dafür in Aussicht genommenen acht Tage. Derselbe kommt dann auf kurze Zeit wieder nach Berlin und begibt sich später zum Kurgebrauch nach Gastein. Die Wiedervereinigung aller Mitglieder des Staatsministeriums in der Hauptstadt erfolgt erst zu Anfang des Monats September. — Gestern hatte der k. bayerische Gesandte, Graf von Montelas, längere Unterredungen mit den hier beglaubigten Vertretern von Oesterreich, Württemberg und Sachsen. Wie es heißt, sind dem Grafen aus München neue Instruktionen in Betreff der Zollvereins-Frage zugegangen. — Einer neuerdings ergangenen Bestimmung zufolge wird das Kommando der Schutzmannschaft nicht mehr eine selbstständige Abtheilung des Polizeipräsidiums bilden. Die Schutzmannschaft soll als Grevatipolizei dem sonstigen Organismus der hiesigen Polizeiverwaltung eingefügt werden. Da hierbei zugleich die Stelle eines besondern Befehlshabers derselben in Wegfall kommt, so ist der Schutzmanns-Oberst Pakte, vorbehaltlich seiner anderweitigen Verwendung, einstweilen zur Disposition gestellt worden. — Mit wachsender Bestimmtheit wird hier versichert, daß alsbald die Ueberführung der in den Posener Hochverrathsprozesse entwickelten Untersuchungsgefangenen von Posen nach Berlin zu gewärtigen sei. Der Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofs hat kürzlich hinter dem flüchtigen Probst Radetzki aus Gostein wegen Hochverraths einen Steckbrief erlassen. — Von den betreffenden Regierungspräsidenten haben in jüngster Zeit die Verleger der Königsberger „Montagszeitung“ und der in Rissa erscheinenden „Wochenzeitung“ B

warnungen erhalten. Das hier von L. Walestrobe herausgegebene Blatt „der Fortschritt“ wird zum 1. Juli nach Gotha übersiedeln.

Breslau, 25. Juni. (Schles. Ztg.) In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten theilte der Vorsitzende ein Schreiben der Regierung mit. In dem Schreiben wird das Verfahren sowohl des Stadtverordneten-Vorsichters, als der Mitglieder der Versammlung, welche dem Antrag, eine Deputation mit einer Petition an den König zu senden, beigestimmt haben, streng getadelt. Es kommen ferner die Verfügungen der Regierung zur Verlesung, durch welche der Stadtverordneten-Vorsichtiger, Justizrath Simon, zu einer zweiten Geldstrafe von 100 Thlrn. herangezogen wird, weil er in der letzten Sitzung das Referat über die Schritte, welche die nach Berlin gesandte Deputation gethan, übernommen hatte; und auch dem stellvertretenden Vorsichtiger, Stadtrath a. D. Ludwig, eine Geldstrafe von 100 Thlrn. auferlegt wird, weil er als Vorsitzender in derselben Sitzung den der Deputation votirten Dank beantragt, resp. ausgesprochen habe. Von Seiten des Vorsitzenden wurde vorgeschlagen, die Verfügungen der Regierung und die bereits in der letzten Sitzung verlesene Zuschrift des Magistrats einer Kommission zur Berathung zu unterbreiten und von dieser einen Vortrag zu erbitten. Hiermit erklärte sich die Versammlung einverstanden und wählte die Mitglieder der Kommission.

Breslau, 26. Juni. Eine Korrespondenz der „Schles. Ztg.“ aus Josephstadt vom 24. meldet, daß Pangiewicz noch immer daselbst internirt und streng bewacht ist.

Wien, 26. Juni. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Adressdebatte fortgesetzt. Auf der Ministerbank anwesend: Reichberg, Schmerling, Necesary, Basser, Plener, Wickenburg, Hein. Ueber die Debatte entnehmen wir Folgendes der „General-korresp.“:

Es sind keine Redner mehr für die Generaldebatte eingeschrieben, weshalb der Berichterstatter das Schlusswort erhält. Er sagt, er habe wenige Objekte zur Erwiderung, da die Adresse von allen, mit Ausnahme einer (Prasák) Stimme im Ganzen und Großen Anerkennung gefunden habe, wenn auch einzelne individuelle Ansichten verschieden waren von denen des Ausschusses. Er wendet sich namentlich gegen die Aeußerung Berger's: „So lange die 85 Sitze der Ungarn leer sind, ist Oesterreich nicht in diesem Hause“, und bemerkt, wenn dieser Redner gestern sagte, mit Rechtsbedenken mache man keine Politik, so sage er heute: „mit poetischen Figuren mache man sie noch weniger.“ Diese poetische Figur ist hier gar nicht anwendbar; hier war während dieser Jahre Oesterreichs Banner aufgeschlagen (Bravo); hier war es, wo der österreichische Doppelaar erkannt wurde, wenn auch manches Fährlein aus den Ländern fehlte; die allzeit Getreuen waren um dieses Banner geschart (Bravo); hier war es, wo die Reichskrone widerstrahlte und nicht den Schimmer zu erborgten brauchte von den Kleinodien des heil. Stephan auf der Burg von Wien oder von der Krone der Kaiserin Elisabeth auf der Hofburg. Erue sich bewährte, ohne zu fragen nach der Farbe, nach den Prunkgewändern, und wenn Oesterreich wieder die Synpathien Europa's hat, wenn es seine Kraft wieder erlangt und seine Finanzen hergestellt hat, so war es das Oesterreich hier, welches das bewirkte. Auf die polnische Frage übergehend, bemerkt Redner, die Aktion, welche man verlangte, werde nicht auf Widerspruch stoßen, denn keiner werde auf halbem Wege Halt machen wollen, wenn nur durch eine ganze Aktion Etwas erreichbar sei. Mit derselben Offenheit, mit welcher gestern der Abgeordnete aus Galizien seine Anschauungen darlegte, müsse er aber sagen, das österr. Parlament könne nur seine Zustimmung geben, daß von Oesterreich selbst Etwas abhandelt komme, zum Schaden des Ganzen dürfe die eingeschlagene Politik nicht ausgeschlagen. Der von Dr. Prasák erhobenen Kompetenzbedenken gegen Redner nur kurz, weil diese Frage in dem Hause bereits ausgesprochen sei. Das Jurisdiktionen auf diese Frage sei eben nur die Wahrnehmung eines Standpunktes, ohne daß irgend eine Aussicht vorhanden ist, die Anschauung des Hauses zu modifizieren. Es wird zur Spezialdebatte geschritten. Absatz 1, 2, 3, 4 werden ohne Debatte angenommen. Zu Art. 5 und 6 spricht Dr. Mühlfeld. Er wendet sich namentlich gegen Prasák und Berger. Diese hätten einen Stellen der Thronrede theils die formelle, theils die materielle Wahrheit abgesprochen. Die Stelle der Thronrede ist diejenige, welche die Behauptung aufstellt, daß mit der Einberufung des siebenbürgischen Landtages kein Land mehr in Oesterreich bestesse, dem die Bahn zur Theilnahme an der Reichsvertretung nicht eröffnet worden wäre; die weiter angefügt, daß die Gegenstände des gesammten Reichsraths betreffenden Vorlagen an das Abgeordnetenhaus schon vorher, bevor von Seite des siebenbürgischen Landtages die Frage der Beschickung des Reichsraths werde erledigt sein, gelangen werden zum Zweck der Vorberathung, und dabei offenbar voraussetzt, daß, sobald die Aufforderung der Beschickung des Reichsraths im siebenbürgischen Landtage erledigt sein wird, sei es in der einen oder andern Weise, der Reichsrath ohne Weiteres zur Thätigkeit des Gesammtreichsraths berufen und verpflichtet sein wird. — Die formelle Wahrheit wäre von einem Redner der Linken (Berger), die materielle von einem Redner der Rechten (Prasák) abgesprochen worden. — Redner wendet sich zuerst gegen den Letzteren und zeigt, daß die Behauptungen desselben „faktisch unrichtig“ seien, da der ungarische und kroatisch-slavonische Landtag zur Beschickung aufgefordert wurden, worauf eine negative Antwort folgte. Auch der lombardisch-venetianische Landtag sei zur Wahl aufgefordert worden und es wurde nach den von der Regierung in dem Adressenausschuß gemachten Eröffnungen von mehr als 800 Gemeinden die Wahl auch vollzogen; daß die Gewählten die Wahl nicht annahmen, hätten sie mit ihrem Lande abzumachen. Mit der Frage der Kompetenz stehe dies aber in keinem Zusammenhang. Redner wendet sich hierauf gegen Dr. Berger und gegen dessen Behauptung, daß, so lange die 85 Sitze der Ungarn leer wären, mögen auch die Abgeordneten Kroatiens und Slavoniens anwesend sein, der Reichsrath doch nicht der Gesammtreichsrath sei. Der Redner habe einen Vers des greifen Dichters an den greifen Feldmarschall citirt; er glaube aber nicht, daß die Armeedamals nur deshalb die österreichische war, weil auch ungarische Regimenter dabei waren, ebenso wie sie doch die österreichische Armeegewesen wäre, wenn aus irgend einem andern Lande kein Bataillon, kein Regiment in ihren Reihen gestanden hätte. Sie war österreichisch, weil sie zum obersten Kriegsherrn den Kaiser von Oesterreich hat, und weil dieser Repräsentant

des ganzen Oesterreichs, der vollen österreichischen Macht ist. Er erwähne der Armeedamals, weil diese ein Spiegelbild der Reichseinheit ist. Oesterreich sei keines Erachtens ohne Rücksicht auf Urkunden ein einheitlicher Staat. Daß dies der Fall war seit dem Ländererwerb in Bezug auf Ungarn und die Nebenländer, beweist die Armeed, die gemeinschaftliche Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, die Geldwährung und die damit verbundenen Institutionen. Es handle sich nicht um Kontingente, sondern die Ungarn haben nur einfach durch ihre Nichterwähnen ihre Zeit verloren, sie sind nicht ausgeschlossen, sie können jeden Augenblick eintreten und werden freudig aufgenommen werden. Auch von Transigiren könne man nicht sprechen, ohne die Stelle der Adresse zu betonen, welche sagt, „ohne Verletzung der Verfassung u. s. w.“ Das Haus habe sich schon früher bereit erklärt, insofern die Verfassung wirklich Änderungen erheische, an dieselben zu gehen. Dies könne aber nicht verfassungsmäßig geschehen, und dazu müßten der Reichsrath, der Gesammtreichsrath und die fehlenden Abgeordneten anwesend sein. Schlägt man einen andern Weg ein, so negirt man die Verfassung und kommt wieder auf das Gebiet der Oströbirung. Wenn man daran festhalten würde, so käme man nie aus dem vitiosen Zirkel heraus. Soll also die Oströbirung vermieden werden, so gehe man, wenn die Abgeordneten Siebenbürgens eintreffen, an die Aufgaben des Gesammtreichsraths.

Dr. Berger weist in seiner Entgegnung auf das stenographische Protokoll, nach welchem er von der bezüglichen Stelle der Thronrede sagte, er müsse ihr „historische Korrektheit und formelle Richtigkeit“ zusprechen, und dadurch sei wohl auch die materielle Richtigkeit ausgedrückt. Man habe ihm den Vorwurf gemacht, daß er die Kompetenz des Reichsraths als weiteren bestreiten wolle. Dies sei unrichtig, sonst hätte er nicht erklärt, für die in Rede stehende Adresse der Adresse zu stimmen. Was die Transaktion betrifft, so habe er selbst gesagt, sie müsse auf Grund der Februarverfassung geschehen, habe es aber nicht für seine Aufgabe gehalten, die Organe, durch welche es zu geschehen hätte, in der Adressdebatte näher zu bezeichnen. Wenn man dies zusammenhält, so habe er, wenn an „mit andern Worten, dasselbe gesagt, was sein Vorredner ausführte.

Dr. Prasák stützt sich in seiner Entgegnung auf die ihm gemachten Vorwürfe, auf den §. 16 der Verfassung, in welchem es heißt, „der Reichsrath besteht aus verfassungsmäßig entsendeten Abgeordneten der Landtage“, und argumentirt darauf, die Ungarn, Kroaten und Slavonier seien nicht in die Lage gekommen, Abgeordnete zu senden, da die an die betreffenden Landtage damals gegangene Aufforderung eben nicht für die gegenwärtige Session Gültigkeit habe.

Dr. Loman schließt sich der Meinung des Vorredners an und verlangt nur eine andere Ordnung der Adresse.

Dr. Giska, welcher als Berichterstatter das Wort erhält, entgegnet dem Dr. Mühlfeld, es sei auch ein vitioser Zirkel, den Rentienten zu sagen: erst kommt, dann werden wir tranfigiren; er glaube, die Transaktion müsse vorhergehen. Dr. Prasák entgegnet dem Berichterstatter, der ungarische Landtag sei einberufen und zur Wahl aufgefordert worden, habe negativ sich ausgesprochen, und man hätte keinen Antrag mehr gehabt, ihn nochmals aufzufordern. — Adresse 5 und 6 wurden hierauf angenommen, ebenso Nr. 7. (Schluß folgt.)

Trient, 24. Juni. Die Vorbereitungen zu den Konzilsfeierlichkeiten sind großartig. Die ganze Stadt ist gekrönt und gefestigt. Die Eisenbahnhänge bringen bereits viele Fremde; als erster Wahrt ist der Bischof von Triest, Johann Simon, bereits am 21. hier eingetroffen. Die Hauptfeier beginnt am 26. und wird bei günstiger Witterung eine solenne Prozession durch die Stadt abgehalten. Abends wird ein großes Feuerwerk abgebrannt, dessen Schlussdekoration ein solofales Kreuz darstellen wird. Am 27. findet eine große Tombola und wieder ein Feuerwerk statt. Der 29. beschließt die Reihe der feierlichen kirchlichen Funktionen und die Festlichkeiten.

Frankreich.

Paris, 27. Juni. Der „Moniteur“ zeigt an, daß die neuernannten Minister Baroche, Rouher, Doudet, Béhic in Gegenwart des Staatsministers Billaud gestern zu Fontainebleau dem Kaiser den Dienstseid leisteten. Hr. Duruy figurirt nicht unter den Ministern; derselbe war im Augenblick seiner Ernennung auf einer Rundreise in der Provinz begriffen, von welcher er noch nicht zurückgekehrt ist. — Heute Abend wird der Kaiser von Fontainebleau nach Paris kommen und morgen der Berathung der neuen Minister präsidiren. Wie die „France“ meldet, hat der Kaiser ein Schreiben über die administrative Dezentralisation an den Ministerpräsidenten des Staatsraths gerichtet, welches ein wahres Programm der Verwaltungspraxis sei. Der Kaiser fordert die Abtheilungen des Staatsraths auf, sich zur Prüfung der Maßnahmen zu versammeln, um der Verschleppung in Erledigung gewisser Geschäfte entgegenzuwirken.

Während man die Antwort Rußlands auf die Propositionen der drei Mächte abwartet, veröffentlicht das Polentomitee in Paris in der „Patrie“ einen Aufruf, worin es heißt:

Polen verteidigt Religion und Heid; es fordert seine Freiheit und seine Unabhängigkeit; es wird nicht aufhören zu kämpfen, bevor es die Grenzen von 1772 wieder erobert haben wird. ... Bisher des Weltens hört den Alarmruf der Martyrernation! Ueber ihre Leiche möge der Despotismus sich einen Weg bahnen in das Herz der Zivilisation. Gott aber ist mit uns, und seine Gerechtigkeit wird uns siegen machen.

Der päpstliche Nuntius, Mgr. Ghigi, bereitet sich, Nachrichten aus Rom zufolge, vor, als päpstlicher Nuntius nach St. Petersburg abzugehen. Graf Pepsoli ist auf dem Wege eben dahin in Paris eingetroffen. — Nach den letzten Berichten aus Alexandrien sind der Prinz und die Prinzessin Napoleon am 25. nach Beyruth abgereist. Man versichert, daß sie sich von Syrien aus nach Konstantinopel begeben werden. — Hr. Granier aus Capfagnac zeigt in der heutigen „Nation“ an, daß er der Redaktion dieses Blattes von nun an fern stehe. Hr. Chevallier ist gleichfalls vom „Constitutionnel“ und „Pays“ zurückgetreten. — Mgr. Dupanloup und P. Gratry zurückgetreten. — Mgr. Dupanloup und P. Gratry werden Schriften gegen Menan's „Leben Jesu“ veröffentlichen. — Hr. Pietri ist in Paris eingetroffen. Senator Baille, Präfekt des Rhône-Departements, wurde zum Großkreuz der Präsektor Treilhard zum Großoffizier der Ehrenlegion ernannt. — Dr. v. Lamartine veröffentlicht seine Memoiren. — Für die Heute brachte die heutige Börse

keine Veränderung; dagegen wurde Cred. Mob. um 32 Fr. auf 1200 getrieben.

Rußland und Polen.

Von der polnischen Grenze, 25. Juni. Der gestern Mittag fällige Schnellzug aus Warschau ist erst heute Nacht in Sosnowice eingetroffen. Grund der Verspätung war folgender Zwischenfall: Zwischen Gorzlowice und Radomsk bei dem Dertchen Kaminsk wurde von einer im nahen Walde verdeckt stehenden Insurgentenabtheilung auf das den Zug begleitende Militär geschossen und dabei ein Russe getödtet und zwei verwundet. Der Offizier, welcher auf der Maschine fuhr, befohl dem Führer, schneller zu fahren, und letzter, in der Angst vor den Mündungen der Revolver, die auf ihn gerichtet waren, überfah, daß in ganz geringer Entfernung von ihm einige Schienen herausgerissen waren. An dieser Stelle angekommen, entgleiste die Maschine; der nächstfolgende Wagen wurde seitwärts der Maschine vorbeigedrückt, und dem Führer, der durch diesen heftigen Stoß zwischen Wagen und Maschine geworfen war, wurden beide Oberarmel zerquetscht. Glücklicher Weise blieben die mitreisenden Passagiere unverletzt. Das begleitende Militär, durch eine zufällig dort vorbeireitende Kosakenpatrouille von 30 Mann verstärkt, drang nun auf die Insurgenten ein, und es entspann sich ein Kampf, der gegen 4 Stunden währte, dessen Ausgang aber unentschieden blieb. Augenzeugen schildern die Angst der Passagiere während dieser Zeit als fürchterlich; dieselben hatten sich in einzelne Coupés zusammengedrängt und ließen dort zusammengedrückt die Kugeln über die Wagen hinwegsausen, bis nach beendetem Kampf ein Reservezug entgegengefahren kam und die Leute aus dieser gefährlichen Situation erlöste.

Schweden und Norwegen.

Malmö, 23. Juni. Einem Telegramm der „Malmö Enällspost“ zufolge ist König Karl XV. am Samstag in Christiania eingetroffen und gestern Nachmittag, nachdem er den Storting aufgelöst, von dort wieder abgereist. Der König wird heute in Stockholm wieder zurück erwartet.

Amerika.

*** Neu-York, 17. Juni.** (Per „Persia“.) Die Aufmerksamkeit, welche sich in der jüngsten Vergangenheit auf den südlichen Kriegsschauplatz konzentriert hatte, ist jetzt plötzlich auf die nördlichen Heerlager übergesprungen. Mit einer auf 100,000 Mann, darunter 30,000 Mann Kavallerie, geschätzten Armee hat General Lee die Offensiv gegen die Nordstaaten ergriffen. Sein Feldzugsplan ist freilich noch nicht völlig klar, die Operationen aber, welche er bis jetzt ausgeführt, sind folgende: In der vorigen Woche zog sich das alte Korps Jackson's, nun unter General Ewell's Kommando, 18,000 Mann stark, durch Culpepper nach dem Shenandoahthal hin. Ewell griff am Samstag den 13. den General Wilroy bei Winchester (Virg.) an und nahm letztere Stadt mit Sturm. Wilroy vernagelte seine Geschütze und nahm seinen Rückzug in der Richtung nach Harpers Ferry; aber von den Südlern auf der Martinsburger Straße umzingelt, mußte er sich durch einen kühnen Streich durchschlagen und erreichte Harpers Ferry mit einem Verluste von 2000 Mann. Die Stadt Ferryville und ihre kleine Besatzung fiel in der Nacht vom 13. auf den 14. in die Hände der Südlern, ebenso am darauffolgenden Abende die Rebellen die Stadt Hagerstown in Maryland und rückten von hier aus in drei Kolonnen, deren jede aus 5000 Mann Kavallerie nebst Fußvolk und Artillerie bestand, nach Norden vor, besetzten am Abend Greencastle und Chambersburg in Pennsylvania, und sollen bei der letztgenannten Stadt noch stehen. Ob sie von Chambersburg aus gegen Harrisburg, Pittsburg oder Baltimore hin zu marschieren beabsichtigen, ist noch nicht bekannt.

In Folge dieser Bewegungen der Lee'schen Armee verließ General Hooker mit seinen sämtlichen Truppen, einschließlich der am Südufer des Rappahannock stationierten, am Sonntag den 14. Morgens Falmouth und marschierte über Dumfries nach Fairfax, wo er am Montag Abend ankam. Belle Plaine und Aquia Creek wurden geräumt und die Versorgungsbasis der Armee nach Alexandria verlegt. So steht die Hooker'sche Armee nun auf dem alten Schlachtfelde von Bull Run, an der Orange-Alexandria-Eisenbahn; und da Lee's Hauptarmee den Fluß überschritten und auf der westlichen Seite der Bull-Run-Berge Fuß gefaßt haben soll, in der Nähe von Whiteplains oder Front Royal, so erwartet man eine baldige Schlacht auf der alten Wahlfeld. Gestern, am 16., ging sogar schon ein Gerücht, General Lee habe durch eine Flankenbewegung das ganze sechste Armeekorps Hooker's abgeschnitten und gefangen genommen.

Die Aufregung, welche die Invasion der Rebellen in den Nordstaaten hervorgerufen hat, ist sehr groß. Präsident Lincoln hat 120,000 Mann Militär aus Pennsylvania, Maryland, Westvirginien, Ohio und Neu-York zu sechsmonatlicher Dienstleistung aufgegeben; die Gouverneure der verschiedenen Staaten handelten unverzüglich diesem Auftrage entsprechend, und mehrere Regimenter sind schon auf dem Marsch nach Harrisburg. Von den gerade von einer neunmonatlichen Dienstleistung zurückgekehrten Truppen aus Neu-Jersey traten verschiedene Regimenter freiwillig wieder ein. In Indiana dauert der Widerstand gegen die Rekrutierung noch immer fort, und es herrscht allgemeine Abneigung gegen die Aushebung.

Von Vicksburg melden amtliche Berichte, welche bis zum 12. gehen, daß die Belagerung günstige Fortschritte macht. Daß General Johnstone mit seiner ganzen Armee die Grant'sche Linie durchbrochen habe, wie Richmonder Blätter vom 13. d. behaupten, sieht man für ein leeres Gerücht an, obgleich man nicht bezweifelt, daß Johnstone, bedeutend verstärkt, im Anmarsch gegen General Grant begriffen sei. — Zwischen dem 7. und dem 12. d. hat der südstaatliche Kaper „Clarence“, das Begleitschiff der „Florida“, sechs Briggs und Schooner weggenommen, und zwar theilweise ganz nahe bei der Chesapeake-Bay auf der Höhe von Virginia Cape. Drei dieser

Fahrzeuge wurden verbrannt, zwei gegen hohes Lösegeld entlassen, und das sechste, der „Tacony“, mit den Geschützen und der Munition des „Clarence“ ausgestattet und in ein Kaperschiff verwandelt. Die Admiralität der Vereinigten Staaten hat sofort nach Eingang dieser Nachricht 30 Kriegsschiffe ausgesandt, um auf den „Tacony“ Jagd zu machen und ihn wieder zu nehmen.

Aus San Francisco melden Telegramme vom 12. d. die Ankunft der Barke Eldridge mit Nachrichten aus Kanagawa in Japan bis zum 11. v. M. Diesem zufolge hatte der englische Admiral eine ausgebreitete Indemnität und die Auslieferung der Mörder Richardson's verlangt und für den Fall, daß er bis zum 26. Mai keine genügende Antwort erhalten sollte, die Kriegserklärung Englands und Frankreichs an Japan angedroht. In Kanagawa lagen 13 britische Kriegsdampfer und das französische Admiralschiff; die Eingebornen hatten den Ort sämmtlich verlassen.

Erstes badisches Landeschießen.

Mannheim, 28. Juni. Gestern war der Festplatz von Tausenden besetzt; man konnte annehmen, daß von 2 zu 2 Stunden des Nachmittags die Zuschauermenge sich erneuerte, die durch den schönen, von Stadtbaumeister Kiefeler erbauten, mit den Büsten des groß. Paares geschmückten Triumphboogen ein- und auszog.

An den Bazar vorüber zu den Bierhallen, und weiter zur Festhalle, an deren Außen- und Innenwänden im Längengrün die Wappen der badischen Städte prangen, während über ihnen des Malers Hinn „drei deutsche Schützen“, Wilhelm Zell, Andreas Hofer und zwischen ihnen Herzog Ernst von Sachsen-Koburg, der „Zweitrefier von Gedenksünde“, den Fronton der Halle zieren. Rechts davon, mit voller Aussicht auf den Platz, die Schießhalle und die Scheiben der groß. Pavillon, ebenfalls von Kiefeler, in anspruchsloser Schönheit, geziert mit Teppichen, Statuen und Büsten, einem schönen kleinen Garten und Springbrunnen. Und weiter zum Gabentempel in der Mitte des Platzes; jenseitig von Baumeister Schmitt entworfen, von Bildhauer Kranz und Maler Hinn ausgeführt, überragt von dem stattlichen Standbild der Badenia, lodt er mit Wohlgefallen und Hoffnungen die Schützen, die Zuschauer an seine Spiegelfenster. Und drinnen funkel't von Gold, von Silber in den schönsten Formen, blitzen zielliche und ferntreffende Waffen der besten Meister, versprechen Weinlindungen und Flaschen köstliche Labung. Und weiter zum Schießstande, der bis zum alten Schießhaus die ganze Breite des Platzes einnimmt. Aber hier tritt auch der Ernst, die Schwierigkeit der Aufgabe so recht in die Augen beim Anblick auf die 1000 und 500 Fuß Entfernung, die den Schützen von keinem Ziele trennen. Doch die Schrecke ist kein ab; mit Zuversicht wurde hingebildet und dann zurück in die Festhalle, wo unter Mühsalstangen eine löbliche Menge bis nach Mitternacht aß und trank und vergnüglich der Wirth mit den Gästen, der Bekannte mit den Bekannten plauderte. Schon gestern waren eine Abordnung der Zweiten Kammer zur Ueberbringung ihrer Ehrengabe und andere Abgeordnete eingetroffen. Ein reges Treiben war allüberall in der Stadt, in Gasthöfen und den geschmückten Räumen gefelliger Vereine.

Heute früh 4 Uhr traf Se. Königl. Hoheit der Großherzog ein, der zum voraus sich alle Empfangsfeierlichkeiten verboten hat, aber an den Festlichkeiten des Tages Theil nehmen wird. Er hat den Oberbürgermeister, den Stadtkommandanten und den Regierungsdirektor empfangen und wird zunächst den Zug aus dem Balkon des Schlosses vorüberziehen sehen. Zu diesem wird sich eben gerüstet, die Menschenmenge auf Straßen und Plätzen ist fast unerträglich, und Stimmen wie von einem schwärmenden Bienenvolke dringt durch die Luft.

Mannheim, 28. Juni. Das Landes-Schießen ist in vollem Gange. Es trägt die frische, warme, lachende Farbe eines edel deutlichen Volksfestes auf sich und Wangen. Auf allen Gesichtern liest man den Eindruck der Freude und Begeisterung. Von allen Giebeln und Fenstern wehen Fahnen, überall sind Blumen- und Laubgewinde, Kränze und Bäume angebracht, und auch der Himmel hat sein blaues Festgewand angezogen. Gestern Nachmittag und heute früh waren die Bahnhöfe hier und in Ludwigshafen förmlich belagert von einer unabsehbaren, die eintreffenden Schützengäste freudig begrüßenden Menschenmasse. Bei allen ankommenden Zügen war eine Abordnung des Empfangscomitês und ein Musikkorps am Bahnhofe, um die Schützenbrüder zu empfangen und in die Stadt zu geleiten. Die ersten Ankömmlinge trafen gestern Nachmittag 4 Uhr ein: es waren die Schützen aus dem Saarkreise, aus Waldsbut und Biezen, Lenzkirch und Sinsgen. Der Abendzug, welcher sich eine Stunde verspätete, brachte dann eine größere Zahl, von denen noch Viele in später Stunde den Schießplatz oder Löwenteller besuchten. Am heutigen Festtage aber war Se. Königl. Hof der Großherzog selbst zuerst angelangt. Höchstberthe verließ gestern Nachmittag Konstanz und traf in Begleitung des Stützadjutanten Oberstleutnants Frhr. v. Holzing und des Legationsrats Frhr. v. Ungern-Sternberg heute früh 4 Uhr hier ein.

Der erste Ausgang anjeres geliebten Landesfürsten war um 8 Uhr nach der Kirche. Ueberall, wo Höchstersehe sich zeigt, begrüßt ihn die Menge in Jubel, überall trägt das Volk seine gefühlswahren ungemachten Huldigungen dem patriotischen Fürsten entgegen.

Gegen 9 Uhr trafen dann heute die Hauptzüge ein. Die Menschenmenge wählte sich schon Stunden vorher nach dem Main-Neckar- und badischen Bahnhofe, nach der Rheinbrücke und dem Landungsplatze der Dampfboote. Es war ein massenhaftes Gewoge und buntes Durcheinander der Fußgänger, ein herzliches Bewillkommen, ein Jubel der Empfangenden und Empfangenen. Am regsten und lebendigsten aber ist das Treiben auf dem Zeughausplatze und in der Nähe desselben, wo so eben die Aufstellung des Festzuges stattfindet.

Mannheim, 28. Juni. Wir sind in der Schilderung des heutigen Festes in unserm vorigen Bericht bis zur Bildung des Festzuges gekommen. Derselbe nahm um 9 Uhr ihren Anfang; doch konnte sich der Zug wegen verspäteter Ankunft der Eisenbahnzüge erst gegen 12 Uhr in Bewegung setzen. Dreitausend Schützen mögen sich an demselben beteiligen haben. Es war ein imponantes Schauspiel. Das Defilee vor Se. Königl. Hoheit dem Großherzog fand im Schloßhofe am großen Balkon statt. Hr. Obergerichtsdirektor Dr. Keller, Mitglied des Centralcomitês, brachte daselbst im Namen der badischen und deutschen Schützen dem deutschen Patrioten und deutschen Fürsten, der einzig mit seinem Volke geht, dem deutschen Patrioten, unserm hochverehrten Großherzog Friedrich von Baden, ein begeistertes Hoch, das bei Tausend und aber Tausend einen freudigen Widerhall fand. Se. Königl. Hoheit der Großherzog dankte herzlich. Auch Hr. Oberbürgermeister Bissinger hieß den durchlauchtigsten Landesfürsten herzlich willkommen und bat ihn, die Liebe und Verehrung der Schützen entgegenzunehmen. Nach zweifelhüdtiger

Bewegung kam der Zug zum Festplatze an und löste sich sofort auf. Se. Königl. Hoheit der Großherzog und Seine erhabene Gemahlin, bereits vorher dort angekommen und Höchstersehe Begleitung waren Hände, Festhallen etc. beschäftigt.

Die Bantelhalle war schon dicht besetzt, in geruhnt auf ergangene Einladung einige Zeit an den Königl. Hoheit zu nehmen, welches nun seinen Anfang nahm. An der glatte Theil befanden sich, außer dem Oberbürgermeister Achenbach und dem schützmeister Bissinger, der Vizepräsident der Zweiten Kammer, Hr. Kirchner, viele Mitglieder derselben, Frhr. v. Roggenbach, und das Gefolge Sr. Königl. Hoheit.

Den ersten Toast brachte unser Hr. Oberbürgermeister auf Se. Königl. Hoheit den Großherzog und Seine erhabene Gemahlin. Den Schlußworten des verehrlichen Redners: „Heil dem Fürsten, welcher ein empfindendes Herz von der Borsehung erhalten für die deutsche Thatkraft und für des deutschen Volkes Ehre“, folgte ein stürmisches Hoch, das draußen auf dem Festplatze einen lauten, langdauernden Widerhall fand. Se. Königl. Hoheit dankte mit herzlichsten Worten und verband mit denselben den Ausdruck des aufrichtigsten Wunsches für das Gedeihen des deutschen Schützenwesens und der badischen Landes-Schießen-Gesellschaft insbesondere. Prof. Eckardt aus Karlsruhe hielt den Festtoast, welcher von der tiefen Bedeutung des Schützenwesens für die Entwicklung der Geschichte Deutschlands Veranlassung nahm, in bereiten Worten dem „deutschen Vaterlande“ sein Hoch zu bringen.

Während die Redner sich nun in der Festhalle in Wechselreden folgten, hatte Se. Königl. Hoheit der Großherzog sich auf die Schießstätte begeben und eröffnete das Schießen, indem er auf mehreren Ständen aus den ihm dargebotenen Büchsen zu schießen geruhte. Von den Ständen begab sich der Großherzog noch einmal nach dem Gabentempel, und kehrte von da zur Stadt zurück, weil die Zeit des Festtheaters herangekommen war.

Unter den Reden der Festhalle haben wir insbesondere hervor den Toast des Hrn. Kaufmanns Eberstadt, den des Abgeordneten Lang aus Wiesbaden, des Vizepräsidenten Hrn. Kirchner, welcher Namens der Zweiten Kammer auf die ihr gewidmete Ansprache dankte.

In den Schießstätten wurde bis zu einbrechender Dunkelheit viel und gut geschossen und das Festtreiben erhielt sich den ganzen Tag über auf seinem Höhepunkte. Die Zahl der Anwesenden auf dem Festplatze berechnete man auf zwanzigtausend.

Se. Königl. Hoheit der Großherzog kehrte um 11 Uhr mittels Extrazugs nach Karlsruhe zurück.

Baden.

Bruchsal, 29. Juni. (Schwurgericht.) Der letzte Fall dieser Vierteljahrsitzung wurde wegen Abwesenheit des Angeklagten ohne Mitwirkung von Geschwornen durch den Schwurgerichtshof vorgelesen erledigt. Er betraf die Anklage wegen Rednerdumtreue des vormaligen Stadtrathes Joseph Zaiser von Bruchsal, welcher aus der ihm anvertrauten Stabkassette 45,000 fl. unterschlug, wovon durch die theils baar, theils durch Bürgschaften gestellte Kaution die Summe von 3000 fl. gedeckt ist. Der Angeklagte hat sich schon vor Einleitung der Untersuchung geflüchtet und es ist seither auch kein Aufenthaltsort nicht entdeckt worden. Außerm Vernehmen nach wurde Zaiser zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus oder 2 1/2 Jahren in Einzelhaft, sowie zur Dienstentziehung und zum Schadenersatz verurtheilt.

Freiburg, 28. Juni. In der Nacht von gestern auf heute, etwa um 12 Uhr, ereignete sich auf dem „Rücken“, wo häufig die Feldbergbesteiger zu übernachten pflegen, ein Unfall, der hier allgemeine Theilnahme erregt. Der Professor der Botanik Dr. Bary wollte dort mit zwei Nissen, welche hier naturwissenschaftlichen Studien obliegen, die Nacht zubringen, um den andern Morgen in der Frühe die Spitze des Feldbergs zu erreichen. Seine Begleiter sollten auf dem Heuboden untergebracht werden. Als Hr. Dr. Bary denselben besichtigte, fiel er durch eine unvermerkte Dufung 20 Fuß herab auf den Dreieckboden und verletzte sich am Auge, Schenkel und Handgelenk in erheblicher Weise. Die Gesundheitsliebe bis jetzt nicht erlitten, ob Beinbrüche erfolgt sind. Doch ist dies zu befürchten. Erst zwischen 12 und 1 Uhr des andern Tags langte der Verwundete hier an und erst um diese Zeit konnte ihm ärztliche Hilfe gerichtet werden.

Man spricht von einem Vergnügungszuge, der von hier nach Konstanz, mit Aufenthalt von 3 Tagen, demnächst bewerkstelligt werden soll.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 29. Juni. 105. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Mittwoch den 1. Juli, Vormittag 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Erstattung und Berathung des Berichtes des Abg. Beck zu dem Gesetzentwurf über den Vollzug der Arbeitsstrafe in Einzelhaft. 3) Verklärung der Kommission für den Gesetzentwurf, die Verleihung des Rechts der Banknoten-Ausgabe bet.

Bermischte Nachrichten.

— Aus der Pfalz, 27. Juni, schreibt man der „Pfalz. Ztg.“ Während im Saarbrücken'schen in neuester Zeit auffallend viele französische Deserture angekommen sein sollen, ist dies auf unserer Grenze nur äußerst selten der Fall. Eine politische Bedeutung ist jenen Desertionen wohl mit Unrecht beigelegt worden.

— Koburg, 25. Juni. (Eibb. Ztg.) Gustav v. Struve will seit mehreren Tagen hier, und beabsichtigt für den jetzigen Sommer seinen Wohnsitz in Koburg aufzuschlagen.

* Das Hamburger Post-Dampfschiff „Hammonia“, Kapitän Schwenzen, von der Linie der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktien-Gesellschaft, am 13. Juni von Neu-York abgegangen, ist nach einer Reise von 11 Tagen am 25. d., 10 Uhr Morgens, woselbst in Southampton angekommen und hat die Reise nach Hamburg fortgesetzt. Es überbringt 150 Passagiere und 151,400 Doll. Contanten.

* Das Hamburger Post-Dampfschiff „Dorussia“, Kapitän Haad von der Linie der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Aktien-Gesellschaft, ging, expedirt von Hrn. August Volken, William Miller's Nachf., am 27. Juni von Hamburg nach Neu-York ab. Außer einer starken Brief- und Paketpost hatte dasselbe 300 Tons Güter und 326 Passagiere an Bord.

* Marau, 27. Juni. Rheinwasserwärme 18 Grad.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kronlein.

Z. 908. a. Karlsruhe. Ihren theiligen Verwandten und Nachbarn mit den wir die schmerzliche Nachricht mittheilen, dass die Frau **Freiherin Schilling** von **H. von Eisenburg**, am **26. d. Morgens 7 Uhr**, nach schweren Leiden um **11 Uhr** nachmittags im Alter von **76 Jahren** entschlafen ist. Um stille Theilnahme bitten,
Karlsruhe, den 28. Juni 1863.
Die Hinterbliebenen.

Z. 900. Ettlingen. Heute Morgen nach 8 Uhr entschlief nach kurzem schmerzlosem Krankenlager in ihrem 76. Lebensjahre Frau **Wetter Kächlin** in Folge einer Lungenlähmung.
Ettlingen, den 28. Juni 1863.
Die Hinterbliebenen.

Z. 904. Pforzheim. Heute früh um 5 Uhr starb nach längerem Leiden mein lieber Mann **Ludw. Lemmerich**. Indem ich dieses entsetzten Freunden und Verwandten mittheile, bitte ich um stille Theilnahme.
Pforzheim, den 28. Juni 1863.
Die trauernde Gattin:
Emilie Lemmerich,
geb. **Witzmann.**

Z. 920. Philippsburg. Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die traurige Nachricht, dass unser guter Vater und Bruder, **Hauptlehrer und Postexpeditor Anton Trüch**, heute Nachmittag 4 Uhr in Folge eines chronischen Gehirnlidens im Alter von 65 Jahren sanft im Herrn entschlafen ist, und bitten um stille Theilnahme an unserem herben Schmerze.
Philippsburg, am 28. Juni 1863.
Die Hinterbliebenen.

In der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung** in **Karlsruhe** ist zu haben:

Locomotiven-Blasrohr.

Experimentale und theoretische Untersuchungen über die Zugerzeugung durch Dampfstrahlen und über die saugende Wirkung der Flüssigkeitsstrahlen überhaupt.

Von **Dr. Gustav Zeuner**, Professor der Mechanik und theoret. Maschinenlehre am eidgen. Polytechnikum in Zürich. Mit 25 in den Text eingedruckten Holzschnitten und 2 lithogr. Tafeln. Preis 3 fl.

Z. 919. In der **Fr. Wagner'schen** Buchhandlung in **Freiburg i. Br.** ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

J. Heinrich v. Wessenberg.

Ein deutsches Lebensbild von **Dr. Joseph Beck**, Großherzoglich badischem Geheimen Hofrath. Preis 48 kr.
Diese Schrift ist ein Auszug der rühmlich bekannten großen Biographie Wessenberg's von demselben Verfasser.

Vorräthig in der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung** in **Karlsruhe**.

Z. 915. Cöln.

Warnung.

Der **Commiss. Hr. Ed. Hoffbach** von hier ist **3/4 Wochen** aus meinem Geschäft und nicht mehr berechtigt, Gelder zu empfangen und in meinem Namen zu quittiren, da ich für nichts aufkomme.

Johann Hoff's Filiale Cöln.

Associe-gesuch.

Der Besitzer einer bedeutenden Kundenmühle, die aber viel mehr leisten könnte, sucht einen wo möglich ledigen Müller oder Kaufmann, der über ein Kapital von 12 bis 15,000 Gulden verfügen kann, als Associe, um die Mühle auch als Handelsmühle betreiben zu können. Die Lage der Mühle sichert ein gutes Geschäft, das auf Verlangen des Associe demselben gegen billige Bedingungen käuflich überlassen wird.
Die Erped. d. Blatt. gibt nähere Auskunft. [Z. 925.]

Z. 923. Karlsruhe. Apotheke-Verkauf.

Eine Apotheke ersten Rangs ist zu verkaufen. Näheres bei **Gebrüder Jost** in **Karlsruhe**.

Z. 920. So eben erschien im Verlag des Bibliographischen Instituts in Hildburghausen:

Dr. A. E. Brehm's Illustriertes Thierleben.

Eine allgemeine Kunde des Thierreichs, mit Abbildungen nach dem Leben, von **R. Kretschmer** und **T. Zimmermann**. Im Umfang von 2 Bänden gr. Octav, jeder zu ungefähr 40 Bogen mit nahe an 600 Illustrationen. — Monatlich erscheinen 2 Lieferungen. — Der Preis ist in Subscription 1/4 Rthlr. für die Lieferung von 3-4 Bogen, mit je einer grösseren Composition und vielen Thierporträts, dem Text eingedruckt.
Vorräthig in allen Buchhandlungen.
Z. 6413.

Industriebörse Stuttgart.

Nächster Börsentag: Montag den 6. Juli 1863.
Z. 902. Mannheim.

Englische Dampf-Dresch-Maschinen.

Die Unterzeichneten werden die von ihnen verkauften englischen Dampf-Dresch-Maschinen durch Arbeiter aus der Fabrik in Gang setzen lassen und sind hiemit alle Freunde der Landwirtschaft zu deren Befichtigung und Beurtheilung aufs freundlichste eingeladen. Wegen näherer Mittheilung über den Ort der Proben beliebe man sich an die Unterzeichneten zu wenden, da jede Woche eine andere Maschine eingelernt werden wird, die Reihenfolge jedoch noch nicht genau im Voraus bestimmt werden kann. Die Proben finden in dem Zeitraum von Ende Juni bis Mitte September statt.

J. P. Lanz & Cie in Mannheim, Maschinen- und Guano-Geschäft.

Z. 832. Freiburg.

Feuerwehr-Fahnen, Säger-Fahnen, Schützen-Fahnen, Veteranen-Fahnen und Turner-Fahnen

empfehlen in jeder beliebigen Ausführung, einfachster wie reichster Art,
H. v. Hermann & Armbruster in **Freiburg.**

Z. 846. Zürich.

Zürcherhof.

Bei Beginn der diesjährigen Saison bringt Unterzeichneter seinen mit allem Comfort eingerichteten, am See gelegenen, Gasthof den Tit. Reisenden in geneigte Erinnerung.

J. Guggenbühl, gew. Gastwirth am deutschen Schützenfest in **Frankfurt a. M.**

Z. 873. Mannheim und Regl.

Dampfschiffahrt zwischen Havre & New-York, via Southampton, neue Linie

S. Juli „Steamer Adriatic“. Zur Vergebung von Plätzen zu sehr billigen Preisen sind allein ermächtigt **Rabus & Stoll**

Mannheim Littera L 2 No. 11. **Kehl** Hauptstrasse No. 1.
und deren Agenten: Herr **Karl Bender** in **Bühl**, Herr **J. F. Kiefer** in **Buchen**, Herr **E. Münzschneider** in **Sinsheim**, Herr **E. Strauß** in **Zauberschiedshausen**.

Zum Verkauf.

Es wird anmit die bisher bestens betriebene, nun aber theilweise abgebrannte **Cichorien-Kaffee-Fabrik in Hemishofen bei Stein**, Kanton Schaffhausen, zum Verkauf angetragen.

Sie besteht aus dem noch stehen gebliebenen, ganz neuen und bestens eingerichteten Darrgebäude, mit 3 Ofen neuester Konstruktion und 1500 q' Drahtgittern darauf, einem Achenhaus, einem ganz neuen schönen Dekonomiegebäude und einem Schuppen sammt Keller. Ferner gehört dazu das nöthige Ausgelande, ein eigenes Wasserrecht, Wasserhammer, Wasserrad von 28' Höhe, das Recht der Ausdeutung eines bedeutenden Torfmoores sammt Hütte im benachbarten badischen Seekreise gelegen, und sind die stehen gebliebenen Fundamente durchaus geeignet, in kurzer Zeit ein praktisch eingerichtetes Etablissement wiederum billig zu erstellen.

Kaufangebote werden bis zum 1. Juli nächstlünftig angenommen, und Auskunft wird erteilt von dem bisherigen Direktor der Fabrik **J. Bäschlin** in **Hemishofen, Kanton Schaffhausen**.

Z. 909. Karlsruhe. Gebrauchte **Eisenbahnschienen** werden billig abgegeben bei **J. Ettlinger & Wormser.**

Z. 901. Freiburg. **Säusergeuch.** Von Stein erbaute Wohnhäuser mit größern gewölbten Kellern, Hofräumen, Brunnen, Gärten, welche in Städten oder größeren Ortschaften an der Eisenbahnlinie Basel, Schaffhausen, Konstanz liegen und sich zu Weinhandlungen, Seisenfabriken und Gerbereien eignen, werden zu kaufen gesucht, und werden vortheilhaft Verkaufsanerbieten angenommen durch das öffentliche Geschäftsbureau von, **Freiburg, den 27. Juni 1863.**

Kab. Siefert, Gerberau Nr. 655.

Z. 905. Hilsbach. **Schäferverpachtung.** Die der Stadtgemeinde Hilsbach auf hiesiger und einem Distrikt auf Gleser Gemarkung zugehörige Schäferei, welche mit 500 Schafen besetzt werden darf, wird für den Winter 1863/64 am **Montag den 13. Juli 1. J.,** Nachmittags 1 Uhr im hiesigen Rathhause öffentlich verpachtet.

Z. 907. Kirchzarten, Landamt Freiburg. (Holzversteigerung.) Im Domänenwaldbezirk XII. Jungwäld, Gemarkung St. Wilhelm, werden die **Montag den 6. Juli 1863** versteigert:

159 tannene Telegraphenstangen, 339 tannene Gerüststangen, 442 tannene Hopfenstangen und 450 tannene Reifstangen.
Zusammenkunft: Morgens 9 Uhr beim hintern Maerhof in St. Wilhelm.
Kirchzarten, den 27. Juni 1863.
Großh. bad. Bezirksforst. **Harweg.**

Z. 928. Nr. 6266. Karlsruhe. (Aktienauscheidung.) Wir bringen zur öffentlichen Kenntniss, daß die darüber aufbewahrten Aktien über Aufbinden, Ledigpreden, Wandern und Meisterkassen, Dispensationen, Meisternahmen und persönliche Handlungsfunktionen bis zum Oktober 1862, welche sich

nach erlassener Verordnung groß Ministeriums des Innern vom 28. Januar d. J., Nr. 1090, zur Theilnahme eignen, ausgeschrieben sind, und daß es den Theilnehmern freisteht,

in **14 Tagen** um Rückgabe der von ihnen oder ihren Rechtsvorfahren zu den bezeichneten Akten gegebenen Privaturschriften, als Geburtsurkunde, Abschiede, Impedimente etc., dahier nachzuforschen.
Karlsruhe, den 26. Juni 1863.
Großh. bad. Landamt.
Bausch.

Z. 824. Nr. 11086. Karlsruhe. (Schuldenliquidation.) Ueber das Vermögen des **Bäckers Wilhelm Erpfeler** von hier ist Gant erkannt, und Tagsatz zum Nachstellungs- und Veräußerungsfahrt an **Freitag den 17. Juli 1863,** Vormittags 8 Uhr, anberaumt worden.

Es werden daher alle diejenigen, welche Ansprüche an die Masse machen wollen, aufgefordert, solche in der angeordneten Tagsatz bei Vermeidung des Ausschusses von der Masse, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden, zugleich die etwaigen Vorzugs- oder Unterfordersrechte zu bezeichnen, die der Annahme geltend machen will, und über die klaghaften Beweise anzutreten.

In derselben Tagsatz wird auch der Massepfleger und ein Gläubigerausschuß ernannt, auch ein Vergleich nachstehend versucht, und es werden in diesen Beziehungen die Nichterscheinenden als der Mehrzahl der Erschienenen beitretend angesehen.

Die Ausländer haben spätestens bis dahin durch öffentliche Urkunde einen hiesigen Einwohner als Einbürgungsgewährhalter anzustellen, indem sonst alle künftigen Verfügungen mit voller Rechtswirkung nur an die Gerichtstafel angeschlagen würden.
Karlsruhe, den 26. Juni 1863.
Großh. bad. Stadtmagistrat.
Stein.

Z. 813. Nr. 2291. Kork. (Urtheil.) In Sachen der **Barbara, geb. Witzmann**, von Stadt Recht gegen ihren Ehemann **Simon Jost** Zimmermann, wegen Vermögensabsonderung, wurde heute durch Urtheil zu Recht erkannt:

Die Klägerin sei für berechtigt zu erklären, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzusondern und habe der Letztere die Kosten zu tragen.
Dies wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.
Kork, den 25. Juni 1863.
Großh. bad. Amtsgericht.
Kühnieder.

Z. 793. Nr. 6071. Konstanz. (Urtheil.) U. E. gegen **Blasius Schmidt** von Gendorf, Bezirksamt Stodach, wegen Widersehlheit, hat das große Hofgericht des Seckreis durch Urtheil vom 22. April d. J., Nr. 2068. I. Sem., zu Recht erkannt: **Blasius Schmidt** sei der mit körperlicher Mißhandlung des **Verdammten Roth** und unter dem Strafmittelungsgrund des §. 847 St.-G.-B. verübten Widersehlheit, damit des ersten Rückfalls in dieses Vergehen für schuldig zu erklären, und hierwegen zur Erhebung einer Amtsgewaltstrafe von 14 Tagen, in die Kosten des Strafverfahrens und Urtheilsvollzugs, sowie zum Erlaß des dem **Verdammten Roth** zugesügten Schadens, vorbehaltlich der Liquidation, zu verurtheilen.

Dieses Urtheil wird dem sächlichen Angeklagten hiermit verkündet.
Konstanz, den 24. Juni 1863.
Großh. bad. Amtsgericht.
Fritsch.

Z. 821. Nr. 4363. Gerolzhofen. (Aufsorderung und Zahlung.) **Georg Gottfried Weinig** von Gerolzhofen, Soldat beim großen III. Infanterieregiment in Freiburg, hat sich unzulässig aus seiner Garnison entfernt. Er wird aufgefordert, sich binnen 6 Wochen

dahier oder bei seinem vorgesetzten Kommando über seine unzulässige Entfernung zu verantworten, widrigenfalls er der Defektion für schuldig, des Todes und Staatsbürgerrechts verlustig erklärt und unter Verfallung in die Kosten zu einer Geldstrafe von 1200 fl. verurtheilt würde.

Zugleich wird dessen Vermögen mit Beschlagnahme belegt, und um Führung auf **Georg Gottfried Weinig** gegeben, dessen Signalement hier folgt: Größe, 5' 2"; Statur, schlank; Gesichtsfarbe, länglich; Gesichtsfarbe, gesund; Haare, braun; Stirne, niedrig; Augen, braun; Nase, klein; Ohren, klein; Mund, klein; Kinn, oval; Zähne, gut.

Gerolzhofen, den 24. Juni 1863.
Großh. bad. Bezirksamt.
Kell.

Z. 799. Nr. 7014. Triberg. (Aufgehobenes Erkenntnis und Vermögensbeschlagnahme.) Die unerlaubte Auswanderung der **Anna Maria Steidinger** von St. Georgen betr.
Das dieselbige Erkenntnis vom 30. August 1860, Nr. 11,028, inhaltlich dessen **Anna Maria Steidinger** von St. Georgen des badischen Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt und in die gesetzliche Vermögensstrafe verurteilt wurde, sowie der durch dieselbige Verfügung vom 16. Juni 1860, Nr. 8141, auf das Vermögen derselben gelegte Beschlagnahme wird hiermit auf Grund der Mittheilung der Finanzbehörde nach Einberufung des Gemeinderaths wieder aufgehoben.
Triberg, den 24. Juni 1863.
Großh. bad. Bezirksamt.
Vader.

Z. 814. Nr. 5131. Essenheim. (Offene Aktuarsstelle.) Bei diesem Gericht ist eine Aktuarsstelle mit einem Gehalte von 375 fl. zur Vergebung offen und auf 1. August d. J. zu besetzen.
Essenheim, den 27. Juni 1863.
Großh. bad. Amtsgericht. **Himmelpach.**

Z. 820. Nr. 4520. Wehrich. (Aktuarsstelle.) Die Stelle eines Aktuars mit einem Gehalt von 400 fl. wird bis 1. Oktober d. J. freigegeben. Theilnehmende wollen sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse binnen 3 Wochen melden.
Wehrich, den 25. Juni 1863.
Großh. bad. Bezirksamt.
G. v. Siffert.

— Mit einer Beilage.